WP-6-128 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Antragsteller*in: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin
Beschlussdatum: 16.01.2026

Änderungsantrag zu WP-6

Von Zeile 127 bis 134:
sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. ~~Während der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt, schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.~~

Sprachverbote, wie sie es zuletzt vermehrt im Kontext von palästinasolidarischen Protesten und Demonstrationen gab, lehnen wir entschieden ab. Während der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass Kritik an unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt, schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

Begründung

Wir stellen uns klar gegen Demonstrationsauflagen, die ein Verbot von bestimmten Sprachen beinhaltet, da wir es als unverhältnismäßig ansehen uns solche Maßnahmen zu einer Eskalationsspirale beitragen.

https://taz.de/Sprachverbote-auf-Palaestina-Demos/!6064999/